

## Buchbesprechungen

**Renate Schmidt/Liz Mohn (Hrsg.), Familie bringt Gewinn. Innovation durch Balance von Familie und Arbeitswelt, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2004, 201 S., 25 €.**

Familie hat Konjunktur. Und sie bringt Gewinn. Die Erkenntnis, dass eine familienfreundliche Unternehmenskultur in Deutschland längst überfällig ist, wächst. Innovationen durch Balance von Familie und Arbeitswelt bringen allen Teilen unserer Gesellschaft nicht nur sozialen, sondern auch ökonomisch messbaren Gewinn.

Mit dem Buch „Familie bringt Gewinn“, das Beiträge prominenter Persönlichkeiten enthält, werben die Herausgeberinnen für den „ökonomischen Charme der Familie“. Die Autorinnen und Autoren aus Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Politik, wie z.B. Dieter Hundt, Bert Rürup, Hubertus Schmoldt, Jutta Limbach und Jürgen Kluge unterstützen diese Erkenntnis und unterlegen sie mit ökonomisch harten Argumenten.

Renate Schmidt und Liz Mohn sehen eine familienfreundliche Unternehmenskultur als dreifaches Gewinnerthema:

- Eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt erleichtert Familien das Koordinieren von Berufs- und Privatleben.
- Der Staat profitiert von höheren Steuern und Sozialabgaben aus einer stärkeren Erwerbsbeteiligung von Frauen.
- Familienorientierte Personalpolitik bringt den Unternehmen Wettbewerbs- und Standortvorteile sowie Kosteneinsparungen.

So weit sind sich auch Ludwig Georg Braun (DIHK), Dieter Hundt (BDA), Hubertus Schmoldt (IG BCE), Michael Sommer (DGB) und die anderen Autorinnen und Autoren einig.

Die Beiträge des Buches basieren auf geteilten Leitbildern: Deutschland braucht mehr Kinder, mehr Erwerbstätigkeit von Frauen, eine gute Er-

ziehung und Förderung unserer Kinder. Die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt ist die Antwort, die in den Beiträgen nicht nur begründet, sondern durchaus handlungsorientiert durchbuchstabiert wird.

Neuartig ist daran nicht, dass sich die profilierten Autorinnen und Autoren mit dem Thema Familie befassen sondern wie sie sich damit auseinander setzen. Zukunftsfähigkeit, Wachstum, Chancen sind zentrale Begriffe. Potenziale strategischer Kooperationen stehen immer wieder im Mittelpunkt. Eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt wird einhellig als Voraussetzung für einen wettbewerbsfähigen Standort Deutschland beschrieben. Warnfried Dettling, Jutta Limbach und Jürgen Kluge setzen sich für eine neue Sicht der Familie und einen neuen Stellenwert von Familienpolitik ein. Peter Hartz und Christina Licci berichten über erfolgreiche Beispiele und unterbreiten praktische Vorschläge, wie Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt verbessert werden kann.

Michael Sommer geht mit Blick auf die Chancengleichheit für Frauen und für Kinder auf Handlungsdefizite in der deutschen Familienpolitik ein. Konkrete Handlungsfelder aus Sicht des DGB sind familienfreundliche Arbeitsbedingungen, der qualitative und quantitative Ausbau der Bildung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen, die infrastrukturelle Förderung der Familien und die kommunalen Rahmenbedingungen.

Dazu bringen die Gewerkschaften spezifische Kompetenzen in die Allianz für Familie und in die Lokalen Bündnissen für Familie ein: als Akteur betrieblicher Interessenvertretung in den Unternehmen, in bildungspolitischen Fragen, als Vertreter der Beschäftigten in Bildung und Erzie-

hung, in Fragen der Modernisierung der Kommunen.

Sommer verdeutlicht die Folgen des anhaltenden Trends zur Kinderlosigkeit für die Zukunft: „Bleibt es dabei, werden den Herstellern die Konsumenten fehlen, den Arbeitgebern die Arbeitskräfte, den Rentnern die Beitragszahler, den Immobilien- und Aktienbesitzern die Käufer, den Pflegebedürftigen die helfenden Hände. Und uns allen wird das Leben mit Kindern fehlen“.

Auch Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt unterstreicht deshalb den dringenden Handlungsbedarf. „Angesichts einer rückläufigen Geburtenrate, einer älter werdenden Bevölkerung und eines verschärften Fachkräftemangels können wir es uns weder leisten, auf gut qualifizierte junge Frauen und Mütter zu verzichten, noch dürfen wir ihren Wunsch nach Kindern gering schätzen oder gar behindern.“

Dieser hohe Anspruch des Arbeitgeberpräsidenten wird in der Praxis allerdings oft noch nicht verwirklicht. Eine Befragung von Betriebsräten zeigt, dass in 73 Prozent der Betriebe Familienfreundlichkeit bislang kein Thema ist. Betriebsvereinbarungen gibt es nur in etwa acht Prozent der Betriebe. Hier muss sich Bewusstsein der Arbeitgeber wandeln. Aber hierin liegt auch eine große Aufgabe für die Gewerkschaften.

Die Übereinstimmung der Autorinnen und Autoren aus Politik, Forschung und Wirtschaft ist als gesellschaftlicher Wille und öffentliche Selbstverpflichtung zu mehr Familienfreundlichkeit zu deuten. Doch der Einsicht in die Notwendigkeit und der Kenntnis des Gewinns familienfreundlicher Unternehmenspolitik müssen nun dringend eine Veränderung der Einstellung und damit Taten folgen.

Der umfangreiche Serviceteil des Buches informiert über die wichtigsten Daten, hilfreiche Adressen, weiterführende Literatur und zentrale Studien zum Thema Balance, stellt ausgewählte Handlungsfelder der „Allianz für Familie“ dar und belegt Fakten und Trends mit anschaulichen Grafiken.

An dieser Stelle sei darüber hinaus das „Checkheft Familienorientierte Personalpolitik“ erwähnt. Das von Familienministerium und DIHK Anfang 2004 herausgegebene Handbuch gibt insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen geeignete Empfehlungen. Es stellt Maßnahmen vor, für die Unternehmen keine hohen finanziellen und personellen Mittel aufbringen müssen, die aber gute Ergebnisse erzielen. Die

Palette familienfreundlicher Personalpolitik ist bunt. Je nach Betriebsgröße und Branche reicht das Angebot z.B. von flexiblen Arbeitszeiten, Kinderbetreuungszuschüssen über Notfallbetreuungsangebote, Unterstützung von Elterninitiativen bis hin zur Mitnahme von Essen aus der Betriebskantine für Kinder von Beschäftigten.

Zudem findet man im Checkheft Ansprechpartner, Links im Internet, Literaturhinweise und beispielhafte kleine und mittlere Unternehmen.

Das Checkheft wird über die Industrie- und Handelskammern und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vertrieben oder kann unter „[www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen/Publikationen%2Cdid=17296.html](http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Publikationen/Publikationen%2Cdid=17296.html)“ direkt heruntergeladen werden.

*Christina Stockfisch,  
Berlin*

**Walter Riester, Mut zur Wirklichkeit, Düsseldorf: Droste Verlag, Düsseldorf 2004, 16,95 €.**

Walter Riester, Gewerkschafter und Politiker, zieht nach seinem Ausscheiden aus der Regierung im Jahre 2002 Bilanz. Der 61-jährige Berufspolitiker will etwas Authentisches über sich sagen, denn über „mich gibt es wenig zu lesen, dem ich das Prädikat 'authentisch' geben möchte.“ Das Buch ist ein zeitgeschichtliches Werk mit starken autobiographischen Bezügen. Ich hätte allerdings gerne mehr über die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Regierung Schröder gehört. Walter Riester will mit seinem Buch einen Dialog mit den Mitbürgern führen. „Mein Anliegen ist es, Brücken zu schlagen zwischen mir, dem Menschen Walter Riester, meinem Wirken als Arbeitsminister und meinen Gedanken über die (Arbeits-)Welt von morgen.“ Der Titel „Mut zur Wirklichkeit“ bedeutet für Walter Riester, die tatsächliche Realität der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage zum Ausgangspunkt politischer Gestaltungsvorschläge zu machen. Damit formuliert er eine deutliche Kritik an Gewerkschaften und Teilen der SPD, die diese Realität nicht immer anerkennen wollen. Sein Buch trägt viele Handschriften: die Grundlage ist ein Tonbandprotokoll, aus dem eine Buchfassung erarbeitet wird. Was ich gut finde, ist die Erwähnung der vielen Handschriften, eine Tatsache, die sich manche 'Buchsreiber' merken

sollten. Der Erzählfluss ist leicht; die gesprochene Sprache der Tonbandvorlage trägt die Darstellung; bei den vielen Handschriften schleichen sich allerdings leicht Fehler ein. So wird aus dem 1. Vorsitzenden der IG Metall Hans Mayr ein Hans Meier. Hans Mayr wird es verkraften können.

Das Buch hat drei Themen, die ineinander verwoben sind: sein Weg vom Arbeiterkind zum 2. Vorsitzenden der IG Metall, der Übergang von der Gewerkschaft zur Politik, der Berufspolitiker als Minister für Arbeit und Sozialordnung und als Bundestagsabgeordneter. Die Gewichte sind ungleich verteilt: Die Phase als Gewerkschafter umfasst leider nur ein Drittel des Buches, die Zeit als Politiker zwei Drittel des Buches. Walter Riestler will zwei Leserkreise erreichen, was ihm gelingen dürfte.

Walter Riestler beschreibt seine Herkunft und seinen Aufstieg vom Arbeiterkind aus Kempten zum 2. Vorsitzenden der IG Metall plastisch und anschaulich. Er wuchs bei der geschiedenen Mutter auf, die 1952 ein zweites Mal heiratete und einen weiteren Sohn hatte. Sie war eine dominante Persönlichkeit, die ihren ältesten Sohn förderte und unterstützte. Sie vermittelte ihm auch seine politischen Grundüberzeugungen

„Im Nachhinein begriff ich, dass meine Eltern für das Städtchen Kaufbeuren eher untypisch waren. Beide waren zwar katholisch, weil es hier kaum etwas anderes gab; gleichzeitig aber vertraten sie eine linke Position. Meine Mutter war Sozialdemokratin, aus tiefem Gerechtigkeitsempfinden heraus, mein Vater änderte sich durch seine Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg an der Ostfront, die ihn erschütterten und moralisch zutiefst zerrütteten. Als er aus sowjetischer Gefangenschaft ins Allgäu zurückkehrte, war aus diesem einstmals eher unpolitischen Mann ein bekennender Kommunist geworden.“

Die Mutter verschaffte Walter Riestler eine Lehrstelle als Fliesenleger. Er trat am 1. August 1957 seine Lehre an. Einen Monat später meldete ihn die Mutter bei der Gewerkschaft an: „Nach einem Monat sagte meine Mutter zu mir: Du bist jetzt ein Arbeiter. Wir gehen zur Gewerkschaft und melden dich dort an. Das war typisch für Anna Stocker, sie führte mich geradewegs ins Leben ein.“

„Mein gewerkschaftliches Engagement war biografisch begründet. Durch mein Elternhaus hatte ich emotional eine starke Affinität für die Arbeiterbewegung und damit auch für die Gewerkschaft. Die resolute Entscheidung meiner

Mutter kam einer ideologischen Weichenstellung gleich.“

Das Mitglied der Bauarbeitergewerkschaft engagierte sich in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und übernahm die Hauskassierungen von Gewerkschaftsbeiträgen, ein Verfahren, das heute nicht mehr üblich ist. Walter Riestler lernte viel über die Lebensumstände der Mitglieder kennen. „Ich musste immer wieder die Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit erläutern. Ich war ein Ventil, wenn jemand Luft ablassen wollte. Ich musste zuhören, verstehen, diskutieren, argumentieren und überzeugen. Unmittelbar wurde ich mit den Sorgen und Nöten der Arbeiter konfrontiert. Heute fehlt der Kassierer, als Meinungsträger und 'Antenne', heute werden Beiträge elektronisch abgebucht – und keiner weiß mehr etwas über den anderen.“

Nach seiner Gesellenprüfung bildete er sich 1962 in Kressbronn am Bodensee in seinem Beruf zum Mosaisten fort. Es war für ihn selbstverständlich, eine gute berufliche Qualifikation zu erlangen. Nach seiner Zeit am Bodensee arbeitete er bei der Firma Strahla weiter, bei der seinen Beruf als Fliesenleger erlernt hatte.

Seine frühe Ehe, aus der er einen Sohn hatte, wurde 1972 geschieden. Heute ist er zum zweiten Mal verheiratet und hat einen Sohn aus dieser Ehe.

Sein Engagement in der Gewerkschaft, das er in den sechziger Jahren verstärkte, politisierte ihn zunehmend. Dies führte dazu, dass er einen Monat vor Ende der Dienstzeit bei der Bundeswehr die Wehrpflicht verweigerte. Für Walter Riestler bedeutete das Verfahren zur Kriegsdienstverweigerung, das zu Hause durchgeführt wurde, den Bruch mit dem Milieu in Kempten.

Nach der Meisterprüfung zum Fliesenleger im Jahre 1969 gab er eine sichere Handwerkskarriere zu Gunsten einer unsicheren Gewerkschaftskarriere auf. Nach dem Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt begann am 1. April 1970 seine hauptamtliche gewerkschaftliche Arbeit als Jugendbildungsreferent des DGB in Tuttlingen. Die IG Metall, die ihn vermittelt hatte, begleitete auch seinen Weg zum DGB-Landesjugendsekretär in Stuttgart.

Auf den Einfluss der Mutter ist es zurückzuführen, dass er im Jahre 1969 auch Mitglied der SPD wurde. Sein gewerkschaftliches Vorbild war für ihn, wie für viele Gewerkschafter, Willi Bleicher. „Kurz vor seinem Ausscheiden als Bezirks-

leiter der IG Metall - das war 1972 - sprach mich Bleicher an, ob ich in seiner Gewerkschaft Bezirkssekretär werden wolle. Franz Steinkühler, Bleichers Nachfolger, hatte jedoch andere Pläne“. Die Erwähnung der Berufung durch Willi Bleicher in ein Amt der IG Metall ist ihm wichtig. Eine gewisse Distanz zu Franz Steinkühler ist zu spüren. Riester und Steinkühler achteten und schätzten sich; zu Klaus Zwickel hatte Walter Riester eine freundschaftliche Beziehung.

Im Jahre 1977 stieg Riester aus dem DGB aus und wurde 2. Bevollmächtigter der IG Metall in der Verwaltungsstelle Geislingen. Damit begann seine Karriere in der IG Metall, die 1993 mit der Wahl zum 2. Vorsitzenden ihren Höhepunkt erreichte. In der Tätigkeit des 2. Bevollmächtigten entwickelte er sich zum führenden Tarifpolitiker, wobei hier nicht auf alle Einzelheiten eingegangen werden kann. „Während sich mein eigenes Blickfeld weitete, erkannte ich, wie problematisch es ist, wenn Menschen ihre Perspektiven begrenzen, begrenzen müssen, weil sie nicht anders können. Und ich sah, wie unzumutbare Zustände durchaus tragbar wurden. Doch ich war davon überzeugt: Würde ich meinen Kopf beugen, dann verbaute ich mir den Blick für die Zukunft. Erst wenn man sich erhobenen Hauptes der Unübersichtlichkeit zu stellen vermag, eröffnen sich Perspektiven für die Zukunft. Zukunft ist grundsätzlich unbestimmt – das wird sie immer bleiben. Eine Gesellschaft darf deshalb die Komplexität der Probleme nicht als Bedrohung wahrnehmen und sich ihr verschließen. Sich der Unübersichtlichkeit stellen ist der erste Schritt in die Zukunft. Nur so kann sie sortiert und gestaltet werden. Darum geht es.“ Walter Riester wurde im Jahre 1980 Bezirkssekretär in der Bezirksleitung Stuttgart, deren Leitung er im Jahre 1988 übernahm. Der Rücktritt Steinkühlers 1993, die Kandidatur Zwickels zum 1. Vorsitzenden machte den Weg für Riester zum 2. Vorsitzenden frei. Ein unterschiftreifes Angebot für die Position des Arbeitsdirektors bei VW schlug er aus.

Mut zur Wirklichkeit zeigte Riester in der innergewerkschaftlichen Reformdebatte. Seine Vorschläge zur Sozialpolitik in einem Interview der „Zeit“ 1997 führten zu einer Auseinandersetzung mit den Traditionalisten, die die Debatte fast zu einer Hetzjagd auf Riester ausweiteten. Die Diskussion wurde aus innerorganisatorischen Gründen auf Druck von Klaus Zwickel beendet; die aufgeworfenen Fragen blieben unbeantwortet.

Im April 1998 fragte der Kanzlerkandidat Gerhard Schröder Walter Riester, ob er Schattenminister für Arbeit und Sozialordnung werden wolle. Nach seiner Zusage beschritt er damit den Weg in die Politik. Wenn der ehemalige Gewerkschafter nach seiner Bestellung als Minister gehofft hatte, von den Gewerkschaften und vor allem von seiner IG Metall gesellschaftspolitisch gestützt zu werden, dann wurde er bitter enttäuscht. Aus dem Kollegen Walter Riester war für einige Metallerrinnen und Metaller ein politischer Gegner geworden.

Als wichtigste Leistung und als Höhepunkt seiner Ministerkarriere sieht Walter Riester die Verabschiedung der Rentenreform im Bundesrat am 11. Mai 2001 an. Die so genannte Riesterreute war 'geboren': „Weg von der Illusion, dass die gesetzliche Rente allein den Lebensstandard sichern könne und hin zu einem Mix aus umlagefinanzierter Sozialversicherungsrente sowie zusätzlicher Kapitalrente.“

Am Ende der Legislaturperiode konnte Walter Riester eine positive Bilanz aufweisen. Gerhard Schröder organisierte nach gewonnener Wahl 2002, bei der Riester im Wahlkreis Göppingen ein Bundestagsmandat errungen hatte, den Zuschnitt der Bereiche Arbeit und Sozialordnung um. Für den bisherigen Minister war kein Platz mehr. Klaglos nahm Walter Riester seine Entlassung hin, trat zurück in die 'Reihe' und widmete sich fortan seinem Abgeordnetenmandat.

Sein Buch klingt aus mit der Forderung nach einem Paradigmenwechsel in Politik und Gesellschaft. Seine Gewerkschaft IG Metall fordert er auf, sich endlich zu reformieren. „Die Gewerkschaften als eine wichtige Kraft in der Arbeitswelt verlieren nicht nur in erheblichem Umfang Mitglieder und sinken in der Akzeptanz, sie sehen sich ebenfalls einem dringenden Reformprozess gegenüber, der noch nicht ansatzweise erkannt und auf den Weg gebracht worden ist.“ Die größte gesellschaftliche Herausforderung ist für ihn die Globalisierung. „Werden hierfür keine für die Menschen nachvollziehbare, akzeptable Lösungen angeboten, bleiben Reaktionen, die sich aus Angst und Unsicherheit speisen. Diesen Herausforderungen möchte ich mich gerne stellen, da ich nicht bereit bin, der Argumentation der unvermeidbaren Sachzwänge zu folgen. Vielmehr ist die Politik gefordert, sich die Entscheidungskompetenz zurückzuholen.“

Es ist ein lesenswertes Buch, das viele Informationen über Riesters Arbeit in der IG Metall und

auch über seine Zeit als Minister enthält. Aber man hätte, wie gesagt, gerne mehr über Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse sowohl in der IG Metall als auch in der politischen Arena erfahren.

*Kurt Thomas Schmitz,  
Bad Soden*

**Dieter Scholz, Heiko Glawe, Helmut Martens, Pia Paust-Lassen, Gerd Peter, Frieder O. Wolf (Hrsg.), Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit - Ein Tagungsband, Lit Verlag, Münster 2004, 24,90 €**

Arbeit und Massenarbeitslosigkeit beherrschen die politische Rhetorik, sie bestimmen das Alltagsleben, sie prägen die gewerkschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen. Dies ist nicht verwunderlich, denn Arbeit ist eine individuelle und gesellschaftliche Fundamentalkategorie und unfreiwillige anhaltende Arbeitslosigkeit eine Beschädigung der Identität und der Würde des Individuums. Dass beide Themen, nicht zuletzt durch das Insistieren der Gewerkschaften, auf der gesellschaftspolitischen Tagesordnung ganz oben bleiben - allen (mittlerweile verblassenden) Theoremen vom Ende der Arbeitsgesellschaft und allen Tendenzen, sich mit struktureller Dauerarbeitslosigkeit als neuer Normalität zu arrangieren, zum Trotz - ist nicht das Problem; das Problem liegt darin, wie sie präsent sind. Nahezu alles, was gegenwärtig in der allgemeinen Öffentlichkeit oder in den Teilöffentlichkeiten von Unternehmen, Regionen und fragmentierten Interessenkämpfen gefordert, angedroht, abgebaut, verteidigt wird, sucht seine legitimatorische Letzt- oder Hilfsbegründung in der Erhaltung oder Ausweitung von Erwerbsarbeit. Da entlohnte Arbeit auf kapitalistischer Grundlage unmittelbar oder mittelbar an private Verwertungsmotive, die sich ihrer bedienen, gebunden bleibt, verschieben sich die Kräfte- und Diskursverhältnisse bei anhaltender Knappheit an Arbeitsplätzen nahezu zwangsläufig zugunsten der (potentiellen) Käufer und Anwender von Arbeitsvermögen - sie müssen „gewogen“ gemacht oder gehalten werden.

Dass dies allerdings kein gesellschaftliches Naturgesetz ist, haben die sozialen Auseinandersetzungen der 1980er-Jahre um die 35-Stunden-

Woche in der Bundesrepublik Deutschland (und später und in anderer Form in Frankreich) gezeigt. In ihnen ging es neben dem Hauptziel, dem kapitalistischen Modus der Arbeitsumverteilung in Gestalt millionenfacher Freisetzung des einen Teils bei gleichzeitiger Intensivierung und Ausdehnung von Arbeit für den anderen Teil der Lohnabhängigen ein solidarisches und rationales Modell entgegen zu setzen, auch um den Gewinn von Souveränität der Individuen, um die Erweiterung selbstbestimmter Zeiten und damit um die Veränderung von mikrologischen Herrschaftsstrukturen. In einem Zusammenhang mit den Debatten über die Krise des Taylorismus und neue, integrative und requalifizierende Produktionskonzepte, mit der ökologischen Kritik an den Grenzen des Wachstums sowie mit gewerkschaftlich gestützten Arbeitnehmerinitiativen für alternative Fertigung bei sozial und ökologisch problematischen Produkten geriet die Ausrichtung und Organisation der gesellschaftlichen Arbeit unter emanzipatorischen Gesichtspunkten in das Blick- und Handlungsfeld. Diese ökonomie- und kulturkritischen Ansätze von Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik sind mit der Re-Traditionalisierung sozialer Interessen und Interessenkämpfe zwar nicht gänzlich untergegangen - sie fristen gegenwärtig aber eher ein Schattendasein. Die Angst vor Arbeitsentzug sitzt als ungebetener Gast immer mit am Verhandlungstisch, der „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ ist derart beredt, dass er die gesellschaftlichen Diskurse bestimmt.

Dem eine andere Politik der Arbeit entgegen zu setzen, ist eine Initiative von Gewerkschaftern und Wissenschaftlern angetreten, die um die Sozialforschungsstelle Dortmund, den DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg und das Berliner Institut für Europäische Kommunikation (InEcom) zentriert sind und die jetzt - als erweiterte Dokumentation mehrerer größerer Tagungen und Foren - den angezeigten Band herausgebracht hat. Der Anspruch, den die Initiative erhebt, ist nicht eben bescheiden - und dies ist in Zeiten, in denen die Gestaltungsphantasie auf armselige und sozial zersetzende Konstrukte à la Hartz I bis IV eingeschworen werden soll, erfreulich: Konstatiert wird ein mit dem Ende des fordistischen Entwicklungstyps verbundener Epochenbruch, „ein tiefgreifender Hegemoniewechsel, in dem der Grundgedanke des Vorrangs der öffentlichen Verantwortung für den gesamtwirtschaftlichen Prozess verloren gegangen ist“ (Frieder Otto

Wolf), und die Verengung des öffentlichen Horizonts, an dem Fragen nach einer sinnvollen Organisation der gesellschaftlichen Gesamtarbeit gar nicht mehr auftauchen. Gegen das Bewegen in der bloßen Faktizität des Gegebenen berufen sich die Autoren auf die Blochsche Kategorie der objektiven Möglichkeit und der konkreten Utopie und richten ihren Blick auf eine grundlegende Neuordnung der Arbeit in der Perspektive einer „vernünftigen Weltgesellschaft“ (Gerd Peter). Konkreter werden dann die spezifischen Themenkomplexe umrissen, die diskursiv und praktisch zur Beförderung eines solchen Paradigmenwechsel anzugehen sind und um die sich die Initiative mit ihren Tagungen und deren Dokumentation selbst bemüht: Es geht um das Zusammenwirken einer primären (d.h. schöpferischen, „Sachzwänge“ infrage stellenden) Arbeits- und Wissenspolitik, die nähere Bestimmung von deren möglichen Akteuren, die Wahrnehmung des vereinten Europas als neuem und erweitertem Regulierungsraum gegen die Bedrohungsseite der Globalisierung, schließlich um die Einbeziehung und Stärkung der regionalen und lokalen Politikebene.

Wie weit trägt der vorliegende Band nun zur Klärung und Weiterentwicklung in diesen Themenfeldern bei? Um das Resümee vorweg zu nehmen: Die meisten der ein breites inhaltliches Spektrum umfassenden Beiträge vertiefen die Analysen, schärfen die Postulate und fundieren die Begründungen; strategische Entwürfe und Verknüpfungen im angesprochenen Akteursdreieck von kritischer Wissenschaft, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen finden sich hingegen kaum. Allerdings ist auch dies keine gering zu schätzende Leistung – sind doch vertiefte Analysen und begründete Postulate Voraussetzungen für eine Politik, die Menschen und Ziele erreicht.

Zunächst ein Blick auf die theoretisch-analytischen Erträge: Johano Strasser bekräftigt, dass trotz der Ausweitung des Dienstleistungssektors und des demographischen Wandels das Vollbeschäftigungsideal – zumindest das alte Typs – weder realistisch noch wünschenswert ist, sekundiert von Adelheid Biesecker, für die die Zentrierung auf Erwerbsarbeit sowohl aus ökologischer wie aus Gender-Perspektive „nicht nur eine Verengung sondern auch eine Bedrohung“ darstellt – für Gewerkschaften wohl immer noch (oder wieder?) eine Provokation. Hildegard-Maria Nickel arbeitet den Genderbias in den Emp-

fehlungen der Hartz-Kommission heraus – gefördert und zugewiesen werde mit der als arbeitsintensiv und daher niedrig-produktiv geltenden Beschäftigung im Niedriglohnsegment überwiegend faktisch Frauenbeschäftigung, die als soziale und personenbezogene Tätigkeit aber zumeist qualifizierte Arbeit sei und deren lohnpolitische Diskriminierung sich damit fortschreibe. Aus einer bemerkenswerten Begleitstudie des Forschungsinstituts Arbeit, Bildung, Partizipation zu Projekten regionaler Wirtschafts- und Strukturpolitik (Birgt Beese, Klaus Dörre, Bernd Röttger) lassen sich vier zentrale Einsichten gewinnen: Regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik unter maßgeblicher gewerkschaftlicher Beteiligung hat sich in den untersuchten Fällen (Nürnberg, Chemnitz, Dortmund) zu einer relevanten Handlungsebene entwickelt, jedoch wegen der Durchschlagskraft von Krisen- und Marktprozessen die zum Teil weitreichenden regional- und gewerkschaftspolitischen Ziele verfehlt. Je weiter die hauptamtlichen gewerkschaftlichen Akteure sich auf die korporatistischen Aushandlungsprozesse im Wettbewerbsregionalismus einlassen, desto schwieriger wird die Verbindung mit den betrieblichen Akteuren und die Verfolgung eigenständiger gewerkschaftlicher Interessen (beschäftigungspolitisches Controlling, Organisationssicherung durch Mitgliederbindung und -gewinnung). Diese gewerkschaftspolitischen Probleme sind überwiegend hausgemacht, da es am Zusammenspiel zwischen den Gewerkschaften und mit dem DGB und an der Vermittlungsarbeit in die Betriebe hinein mangelt. Erfolge lassen sich jenseits des Verfehlens weitreichender Ziele auf dem Gebiet der (zumindest vorübergehenden) Beschäftigungssicherung und der Qualifizierung sowie bei Anstößen für eine zukunftsorientierte Reorganisation von Klein- und Mittelbetrieben feststellen. Interessant für diese Handlungsebene zwischen Weltmarkt und Betrieb ist, bei aller Ernüchterung, die der Beitrag nahelegt, der weiterführende Hinweis: „Erfolge sind aber möglich, wenn die Politik arbeitsaufwändig, kommunikativ und nicht selten konfliktreich gemeinsam mit (potentiellen) Mitgliedern entwickelt wird. Eine schwache Einbindung in korporative Strukturen ... ist daher nicht zwangsläufig ein Nachteil.“ Überwölbt werden die Einzelanalysen in dem Band durch eine wichtige gesellschaftstheoretische Überlegung, die diese und andere Initiativen als Teil einer gesellschaftlichen Suchbewe-

gung ausweist: Entgegen der funktionalistischen Auffassung, aus der Krise des Fordismus würde in absehbarer Zeit eine stabile postfordistische Konstellation hervorgehen, sei die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit eines jahrzehntelangen Ringens um einen neuen Gesellschaftsvertrag zu denken.

Was sollte der enthalten, wie sähe die Arbeit der Zukunft aus - welche normativen Orientierungen also bietet der Band? Neben der Notwendigkeit weitergehender Verkürzung und Umverteilung der Erwerbsarbeitszeit - differenziert nach Beschäftigtengruppen und im Lebenslauf - geht es um das Verhältnis von (Nicht-)Arbeit und Einkommen sowie um die Erweiterung des Arbeitsbegriffs. Hierzu geben die Autor(inn)en durchaus unterschiedliche Antworten, die sich zwischen einer modifizierten Vollbeschäftigung, durch die jedem Gesellschaftsmitglied ein selbst-erwirtschaftetes Einkommen statt einer alimentierten Lebensführung möglich wird (Hildegard Maria Nickel), und dem Plädoyer für ein existenzsicherndes Grundeinkommen aller Bürger/innen als Gegenleistung für die Teilnahme am sehr weit definierten gesellschaftlichen Arbeitsprozess (Adelheid Biesecker) bewegen. Die Einbeziehung bisher abgespaltener Dimensionen in einen künftigen Begriff von Arbeit - biologische und soziale Reproduktion und Destruktion - ist hingegen ein einigendes Motiv, das viele Beiträge durchzieht. Leider nur am Rande erwähnt wird eine Arbeitspolitik innerhalb der Sphären herkömmlicher Er-

werbsarbeit mit dem Ziel, sie in Richtung erhöhter Autonomie, neu gewichteter Anerkennung und gesteigerter Ressourcenproduktivität umzugestalten. Nicht unbedeutend ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, dass es dabei nicht nur um Schutz und Aufwertung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu gehen habe, sondern ebenso darum, die instrumentell-begrenzten Formen neuer Selbständigkeit in der Arbeit mit emanzipatorischen Gegenentwürfen herauszufordern (Frieder Otto Wolf, Helmut Martens).

Insgesamt bleiben jedoch - trotz bedeutender Aspekte, auf die der Band eingeht (u.a. mit Analysen zum Rechtspopulismus als Verarbeitungsform gesellschaftlicher Umbrüche und politisch-pädagogischen Gegenkonzepten) - (arbeits-)politisch-strategische Erörterungen noch sehr allgemein und wenig verbunden mit realen und möglichen Prozessen und Akteuren in Betrieben, Gewerkschaften und (Arbeits-)Wissenschaft. Das Nachwort liest sich denn auch eher wie eine Zwischenbetrachtung und ein Vorwort für die konkretisierende Weiterführung der Debatte um eine neue Politik der Arbeit (in der dann auch das im Untertitel angesprochene Thema Technikgestaltung eine Rolle spielen müsste) - dafür leistet der Band einen wichtigen Beitrag. Auf die geplante Fortsetzung des Diskurses und seine Dokumentation darf man gespannt sein.

*Joachim Beerhorst,  
Frankfurt/M.*